

Brief aus der Schweiz.

Von unserem Genfer Korrespondenten.

(Genf, Anfang Januar.)

Mancherlei Neuigkeiten und Neuerungen hat die Schweiz im Jahre 1927 zu erfahren gehabt. Die Teilnahme der Schweiz an der Weltwirtschaftskonferenz und der vorbereitenden Abrüstungskommission hat die Eidgenossen erneut etwas mehrtraulich gegenüber den Russen gemacht. Seitdem die Schweiz nach der Beendigung des Krieges unter der Führung des kommunistischen Rechtsanwalts Grimm blutige Revolten zu unterdrücken hatte, herrscht eine allgemeine Nervosität hinsichtlich alles dessen, was auch nur irgendwie mit Kommunismus zusammenhängt. Als dann noch einige Jahre später die Enteignung des schweizerischen Privateigentums in Russland erfolgte, als weiterhin der schweizerische Konflikt in Petersburg durch den kommunistischen Pöbel ermordet wurde, wurde selbst auch der freisinnigste Schweizer Demokrat verunsichert und fürchtete für die demokratischen Einrichtungen seines Landes. Denn der Bolschewismus hatte durch geheime Agenten sich inzwischen auch in dem Lande Wilhelm Tell's breit gemacht. Überall merkte man den Einfluss Russlands, und man geht keineswegs in der Annahme fehl, dass auch in der Schweiz die Sowjetmacht gerollt sind. Die Friedenskonferenz von Lausanne brachte die Ermordung des russischen Beobachters als politisches Verbrechen mit sich. Seit dieser Zeit bestanden zwischen den beiden Ländern die schärfsten Spannungen. Es gab wohl keinen Schweizer, der bezüglich der Beziehungen zu Russland anderer Meinung gewesen wäre als die Regierung. Von den Katholik-Konservativen bis zu den gemäßigten Sozialisten war alles ein Herz und eine Seele.

Das änderte sich, als der Bundesrat sich mit dem Sowjet einigte. Der Grund für diese Einigung lag wohl mehr in der Notwendigkeit der internationalen Politik, als in dem Bedürfnis der Schweiz selbst. Die Meinungen gingen daher heftig auseinander. Ein Teil der Katholik-Konservativen bekämpfte diese Stellungnahme des auswärtigen Departements in Bern, andere Parteien traten in der Tagesordnung nur die logische Folge dessen, dass Russland die Möglichkeit gegeben werden muss, sich an den Beratungen des Völkerbundes zu beteiligen. Als die Russen nun auf der Weltwirtschaftskonferenz Propagandarede hielten, war für jenen Teil der Katholik-Konservativen der Beweis gegeben, dass die Russen neben ihren weltpolitischen Zielen auch andere Dinge verfolgten. Nun will die Sowjetregierung sogar einen ständigen Beobachter in Genf stationieren. Die Meinungen gehen auch hier wieder scharf auseinander. Die einen sehen in diesem Beobachter nichts anderes, als den Bankier der Bolschewisten in der Schweiz, die anderen erklären: Wir können den Russen die diplomatischen Bedürfnisse nicht vorenthalten, nachdem das auswärtige Departement in Bern die Beziehungen zu Russland wiederhergestellt hat. Die Schweiz kann sich nicht hermetisch gegenüber Russland abschließen, sie muss alle politischen und diplomatischen Erfordernisse in ihre Innenpolitik einflechten, da in Genf nun einmal der Völkerbund seinen Sitz hat.

Eine andere Frage, die ebenfalls Staub aufgewirbelt hat, ist die der Vereinfachung französischer Drben, insbesondere der Ehrenlegion, an manchen Eidgenossen. Im Nationalrat hatte es angeht die Gültigkeitserklärung des Mandats eines schweizerischen Nationalrats einen Zwischenfall abgeleitet, da die deutsch-schweizerische Fälschung dieser Gültigkeitserklärung widerlegte. Dieser Nationalrat ist nämlich einer von jenen vielen Westschweizern, die das rote Band der Ehrenlegion bei allen Erlaubnissen und unerlaubten Gelegenheiten tragen. Zu den letzten Gelegenheiten gehört auch die Tagung des Nationalrates. Der Herr Nationalrat wollte aber auf das Tragen des roten Bandes nicht verzichten, sodass die eben gekennzeichnete Situation entstand. Die „Gazette de Lausanne“, die sich französisch als Polinears gebildet, bekam so etwas, wie einen Töblichungsanfall. Sie konstatierte aus der Abstimmung des Nationalrates eine „Demonstration gegen Frankreich“. Natürlich blieb das Echo aus Frankreich nicht aus. Charles Maurras blies in seiner „Action Française“ blutige Fanfarenmärche gegen die Deutschschweizer, die es gewagt hatten — man denke sich wo! — gegen das edelmütige Frankreich und seine Drben anzugehen. Maurras sublimierte schon etwas von der „Notwendigkeit“ oder der „vom Schicksal erzwungenen“ Rückkehr der westlichen Kantone zu Frankreich und konstruierte aus durchsichtigen Gründen einen Gegensatz zwischen den deutschen und den französischen Schweizern. Die „Suisse libre“ quittierte die Maurras'sche Unverschämtheit mit beiseite gemachten Bemerkungen und machte sich über die Gespenster des Herrn Maurras lustig. Unter anderem bemerkte sie, dass nach ihrer Überzeugung der Graben, der die Deutschschweizer von den romanischen Eidgenossen trennt, weniger tief ist, als derjenige, der Herrn Maurras und seine Freunde von ihren republikanischen Mitbürgern schiedet. Die Kritik hatte gelesenen. Die „Gazette de Lausanne“ fuhr noch einmal auf und dann wurde auch sie still.

Auch die Jönere Frage hat in den letzten Monaten viel Staub und sogar starken Unwillen der französischen Bolschewisten gegen Frankreich erzeugt. Die Angelegenheit war so weit gediehen, dass die französisch-schweizerischen Handelsverhandlungen abgebrochen zu werden drohten. Insbesondere war es der Senator Fernand David aus Savoyen, der sich gegen die schweizerischen Ansprüche im Senat scharf sträubte, sodass sogar Briand sich im Auswärtigen Amt einschalten musste, um die Situation nicht zu verschärfen. Inzwischen wird die Angelegenheit durch einen Schiedsspruch des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag ausgetragen werden, ein Verfahren, zu dem sich die französische Regierung nur schwer entschließen konnte. Obwohl man der Schweiz zugeben muss, dass ihr Rechtsstandpunkt richtig und einwandfrei ist, kann doch nicht unterlassen werden, zu betonen, dass das auswärtige Departement in Bern besser getan hätte, die Jönere Frage mit der Neutralitätsfrage von Hochsavoyen zu verknüpfen und das eine gegen das andere auszuspielen. Man vergisst leider hin und wieder in der Schweiz, dass die Politik nicht idealistisch, sondern stark realistisch ist und dass das Prinzip des „do ut des“ in der Politik allein Erfolg verspricht.

Am den allgemeinen Antifriegspakt.

Briands Brief an Kellogg.

Paris, 7. Jan. Am 7. Jan. 1928 hat Herr Claudel, der französische Botschafter in Washington, dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Herrn Kellogg, folgenden Brief übermittelt:

„Mit dem Brief vom 28. Dezember haben Eure Excellenz mir die Ansicht der Vereinigten Staaten über das Vertragsprojekt mitgeteilt, das die Regierung der französischen Republik im Monat Juni 1927 vorgeschlagen hat, um den Krieg zu verurteilen und auf ihn als Instrument der nationalen Politik gegenseitig zu verzichten. Gemäß dem Schreiben Eure Excellenz wurden die beiden Regierungen in höchstem Maße dem Willen dienen, wenn sie sich auf ein zweifaches Abkommen zu verständigen, ihre Vermählungen vereinigen, um den Zutritt aller Großmächte zu einer Vereinbarung zur Verurteilung des Krieges als Instrument der nationalen Politik zu ermöglichen. Eine solche Vereinbarung würde, wenn sie von den Großmächten unterzeichnet würde, für alle Nationen ein festes Beispiel werden und könnte sie zur Verurteilung, über die diese Urkunde zu unterzeichnen, die somit unter allen Großmächten ein Abkommen zustande bringen würde, das bisher nur zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten angestrebt worden ist. Infolgedessen wäre die Vereinigung der französischen Republik zu verständigen, um zwischen den Großmächten einen Vertrag abzuschließen, der den Krieg verdammt und die Unterzeichnung offen läßt, der allen Nationen offen steht, die die Unterzeichnung annehmen wollen und die an eine Stelle die friedliche Regelung aller Streitfälle setzen würde.“

Eure Excellenz hätten bei, daß, wenn die Regierung der französischen Republik bereit wäre, sich in dieser Hinsicht der Regierung der Vereinigten Staaten anzuschließen und mit ihr und anderen Großmächten an einem allseitig gebildeten Abkommen teilzunehmen, so wäre Eure Excellenz glücklich, sofort Verhandlungen vorzubereiten, um einen Plan einzuleiten, der von der Annahme des Herrn Briand inspiriert wäre und gemeinsam von den Nationen vorgelegt würde. Die Regierung der französischen Republik hat die günstige Aufnahme rühmlichst dem Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten der Ansicht, daß die von Herrn Briand bereitete Note. Sie ist der Ansicht, daß die von Herrn Briand vorgeschlagene Projekt, der entsprechende der verschiedenen Nationen und dem Völkerbund, der durch den Völkerbund gebildet wird, die Auffassung der französischen Regierung gerecht zu werden. Es wäre vorteilhaft, bereits jetzt diese Rundgebung eine besondere Weite dadurch zu geben, daß sie von Frankreich und Amerika unterzeichnet wird.

Ich bin bewundernd Ihnen mitteilen, daß die Regierung der französischen Republik bereit ist, sich den Vereinigten Staaten anzu schließen, um allen Nationen einen Akt vorzuschlagen, der bereits von Frankreich und den Vereinigten Staaten unterzeichnet ist.

Amerika unbefriedigt.

Washington, 7. Jan. Das Staatsdepartement hat Claudel davon unterrichtet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Antwort der französischen Regierung für unbefriedigend erachte, weil darin der Pakt auf Angriffskriege beschränkt wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten wünschte einen Pakt mit einer derartigen Einschränkung nicht.

Der Pariser Agentur Radio wird aus Washington gemeldet, daß Briands Note einen außerordentlich schlechten Eindruck gemacht habe. Die Einschränkung, die er vornahm, indem er nur den Angriffskrieg außerhalb des Gebietes stellen wollte, erwiderte bei Staatssekretär Kellogg den Eindruck, daß dies einen sehr schlechten Eindruck auf die amerikanische Öffentlichkeit gemacht habe. Die amerikanische Regierung die von Frankreich vorgeschlagene Einschränkung nicht zulassen könne. Auf eine Verständigung zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg werde sich die Regierung der Vereinigten Staaten nicht einlassen.

In Paris bemüht man sich weiter, die ganze Angelegenheit so zu behandeln; man behauptet, daß Briand in seiner Note die Grundzüge, die im Völkerbund vormalen, vertreten habe. Der Völkerbund sei nämlich ein Unterchied zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg. Briand habe in der für die amerikanische Regierung bestimmten Note denselben Unterschied hervorgehoben. Diese Argumentation beruht auf sehr schwachen Füßen. In dem ursprünglichen Entwurf, machte er keinen Unterschied zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg, sondern stellte ganz allgemein den Antrag, daß jeder Krieg geächtet werden solle.

Ein neues Explosionsunglück in Berlin.

Ein chemisches Laboratorium in die Luft geflogen.

Berlin, 8. Jan. Heute vormittag gegen 10 Uhr ereignete sich in der Villa des Inhabers der Firma Weingärtner u. Co. in der Parkstraße in Berlin-Dahlem ein Explosionsunglück, das den Tod sowie schwere Verletzungen einiger Hausbewohner zur Folge hatte. Nach den bisherigen Feststellungen sind zwei Personen getötet, zwei weitere schwer verletzt worden, während die sechs anderen Hausbewohner mit Nervenschocks und mit leichten Verletzungen davonkamen. Die Explosion ereignete sich in einem Laboratorium, das unmittelbar an das Haus angebaut worden war. Der zweistöckige Anbau des Hauses wurde bis auf die Grundmauern zerstört und eine gleichfalls angebauten Garage bis zur Unkenntlichkeit zusammengedrückt. Auch die Villa selbst ist durch die Explosion schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Feuerwehr war bereits wenige Minuten nach der Explosion zur Stelle. Sie räumte mit 2 Löschwagen und mehreren Geräterwagen an. Die Aufräumarbeiten konnten glücklicherweise sofort begonnen werden, da Feuer durch die Explosion nicht entzündet war. Die Leiche des ersten Opfers wurde bereits nach kurzem Suchen gefunden. Die Polizei war in kurzer Zeit ebenfalls zur Stelle und sperrte die Unglücksstelle ab. Der Explosionsfall war so stark, daß er in fast ganz Berlin zu hören war.

Man der Schweiz zugeben muß, daß ihr Rechtsstandpunkt richtig und einwandfrei ist, kann doch nicht unterlassen werden, zu betonen, dass das auswärtige Departement in Bern besser getan hätte, die Jönere Frage mit der Neutralitätsfrage von Hochsavoyen zu verknüpfen und das eine gegen das andere auszuspielen. Man vergisst leider hin und wieder in der Schweiz, dass die Politik nicht idealistisch, sondern stark realistisch ist und dass das Prinzip des „do ut des“ in der Politik allein Erfolg verspricht.

Unerlaubter Fabrikationsbetrieb?

Berlin, 8. Jan. Am Laufe der ersten Mittagsstunden traf an der Unfallstelle in Dahlem u. a. der Präsident der Chemisch-Technischen Reichsanstalt, Professor Dr. Lenke, ein, um gemeinsam mit der Kriminalpolizei nach der Ursache der Explosion zu forschen. Die Fabrik Weingärtner u. Co. hatte für das mit einem großen Garten umgebene Villenensemble nicht um eine Erlaubnis zum Betrieb eines Laboratoriums nachgesucht. Dieses befindet sich im Vorderhaus und ist unbeschränkt. Aus der sehr großen Anzahl noch nicht explodierter vorgefundener Sprengstoffe und aus der Tatsache, daß sich auch in den Räumen, in denen die Explosion geschah, zahlreiche chemische aller Art gefunden haben, schließt man, daß in den explodierten Räumen ohne eine für ein solches Villenensemble nicht genehmigte Erlaubnis eine Fabrikationsbetrieb stattgefunden hat. Die aufgefundenen Sprengstoffe sind sogenannte Eisenbahn-Sprengstoffe. Sie dienen bei der Reichsbahn zur Aufklärung auf Eisenbahnschienen auf offenen Strecken in allen den Fällen, in denen eine Zugschleife, entprechende optische Signale auszubringen. Aus dem Verlauf der Explosion geht hervor, daß diese durch eine sehr große Anzahl dieser auf sich nicht besonders brisanten Sprengmittel erfolgt sein muß. Zu den im Garten stehenden hohen Grunewaldtannen steht man nachfolgende Kleidungsstücke hängen, die von der Gewalt der Explosion zusammen mit dem Mauerwerk sehr hoch in die Luft geschleudert und dann bei dem Zerfall in den Baumstämmen hängengeblieben sind. Die Aufräumarbeiten dauerten den ganzen Nachmittag an.

Die Ursache des Unglücks in der Landsberger Allee.

Berlin, 7. Jan. Es bestätigt sich nunmehr nach Mitteilungen des Polizeipräsidenten, daß der Explosionskatastrophe in der Landsberger Allee 17 Personen zum Opfer gefallen sind. Der Aufenthalt zweier Bewohner des Hauses, die bisher noch vermisst wurden, konnte inzwischen festgestellt werden.

Heute vormittag erschien an der Unglücksstelle eine große Kommission der Staatsanwaltschaft, die von zahlreichen Sachverständigen begleitet war, und die auch an Ort und Stelle Vernehmungen von Angehörigen der Grobeintausgesellschaft, der die Fabrikation gehörte, sowie von Gasarbeitern und Hausbewohnern vornahm. Dabei ergab sich über die bisher bekannt gewordenen Einzelheiten folgendes Bild:

Die Grobeintausgesellschaft deutscher Konsumvereine, die in ihren Einfahrten eine bestimmte Temperatur aufrecht erhalten muß, im Sommer also eine Kühlanlage, im Winter, an sehr kalten Tagen, eine Heizanlage braucht, hatte die letztere, die bisher nicht vorhanden war, durch die künftigen Gaswerke mit Genehmigung des Hauswirts anlegen lassen. Während gleichzeitig ein neues starkes Gasrohr in die Kellerträume gelegt und mit dem Schweißproß ver-

die Fäden knüpfen, die
genügenden Einfl
ern müßten. Die S
ndigkeiten der Menge